

Die Themen des Monats Juni 2022

• ArbG Berlin: Gefälschter Genesenennachweis kann fristlose Kündigung rechtfertigen

Die Vorlage eines gefälschten Genesenennachweises anstelle eines erforderlichen tagesaktuellen Corona-Tests oder Impfnachweises kann eine fristlose Kündigung rechtfertigen. Das hat das Arbeitsgericht Berlin mit Urteil vom 26.04.2022, Az. 58 Ca 12302/21 entschieden.

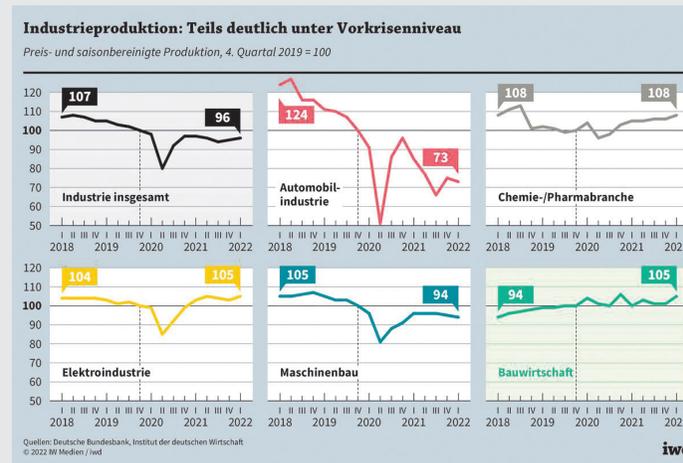
Nach § 28b Abs. 1 IfSG in der vom 24.11.2021 bis 19.03.2022 gültigen Fassung durften Beschäftigte Arbeitsstätten, in denen physische Kontakte untereinander oder zu Dritten nicht ausgeschlossen werden können, nur nach Vorlage eines Impfnachweises, eines Genesenennachweises oder eines tagesaktuellen Tests im Sinne der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmeverordnung betreten. Der Kläger, ein Beschäftigter der Justiz im Land Berlin, legte einen Genesenennachweis vor, ohne jemals mit dem Corona-Virus infiziert gewesen zu sein. Er erhielt so Zutritt zur Arbeitsstätte. Nachdem die Fälschung aufgefallen war, kündigte das Land Berlin den Beschäftigten fristlos.

Diese Kündigung hielt einer Überprüfung durch das Arbeitsgericht Berlin stand. Der Arbeitgeber habe Zutritt zum Gerichtsgebäude nur bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß § 28b Abs. 1 IfSG gewähren dürfen. Den hier geregelten Nachweispflichten komme auch im Hinblick auf den angestrebten Gesundheitsschutz für alle Beteiligten erhebliche Bedeutung zu.

Deshalb sei die Verwendung eines gefälschten Genesenennachweises zur Umgehung der jeweils geltenden Nachweispflichten eine erhebliche Verletzung arbeitsvertraglicher Rücksichtnahmepflichten. Auch eine vorherige Abmahnung sei ob der Erkennbarkeit und Schwere der Pflichtverletzung nicht erforderlich gewesen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

• Grafik des Monats: Ukraine-Krieg folgt auf Corona-Krise

Bereits stark von der Corona-Pandemie belastet muss die deutsche Wirtschaft nun zusätzlich die Folgen des Ukraine-Kriegs verkraften. Damit wird das Bruttoinlandsprodukt der Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zufolge in diesem Jahr lediglich leicht wachsen – und das auch nur, wenn sich die geopolitische Lage nicht noch weiter verschärft. Die Corona-Pandemie belastet die Weltwirtschaft weiter, das zeigen nicht zuletzt die aktuellen Lockdowns in Shanghai und Peking. Dennoch waren die Konjunkturforscher wie auch die Unternehmen in Deutschland zum Jahreswechsel 2021/22 recht zuversichtlich, dass sich die Wirtschaft im Laufe dieses Jahres erholen würde. Dann erfolgte der russische Angriff auf die Ukraine. Seitdem sind weitere Lieferketten unterbrochen und Rohstoffe sowie andere Vorleistungen für die Industrie werden knapp. Das trifft diesen Wirtschaftsbereich überdies zu einem Zeitpunkt, an dem die Einbußen aus den beiden Vorjahren noch längst nicht wettgemacht sind:



Im Durchschnitt des ersten Quartals 2022 lag das Produktionsniveau in der deutschen Industrie noch immer um 4 % unter dem Niveau von Ende 2019, dem letzten Quartal vor Beginn der Pandemie.

In der ohnehin besonders gebeutelten Automobilindustrie geht es seit Kriegsausbruch nochmals abwärts, dort verfehlte das Herstellungsvolumen das Vor-Corona-Niveau zuletzt um 27 %.

Die verschärften Ressourcenknappheiten und logistischen Probleme haben zudem die Preise – ganz besonders jene für Energiegüter – in die Höhe getrieben, was wiederum die Kaufkraft der Verbraucher schwächt.

Vor diesem Hintergrund fällt die aktuelle Konjunkturprognose des Instituts der deutschen Wirtschaft verhalten aus: Das reale Bruttoinlandsprodukt wird in diesem Jahr um etwa 1,75 % zulegen, für 2023 stellt das IW ein Plus von 2,75 % in Aussicht.

Die Folgen von Pandemie und Krieg belasten in vielen Ländern die Konjunktur. Zudem können aufgrund der Logistikprobleme Teile der Nachfrage nach deutschen Exportgütern nicht bedient werden. Diese und weitere Faktoren verhindern, dass die Exportkonjunktur den starken Aufwärtstrend des vergangenen Jahres fortsetzt: Im Jahr 2022 werden die realen deutschen Exporte das Vorjahresniveau nur um etwa 3,25 % übertreffen.

Auch der Konsum leidet. Die jüngsten Inflationsraten von mehr als 7 % verderben den Bundesbürgern die Kaufkraft: Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte werden in diesem Jahr das Niveau des Jahres 2021 nur um gut 1,75 % übertreffen. Zwar haben die Verbraucher im Zuge der coronabedingten Einschränkungen viel Geld gespart. Aber die Verunsicherung darüber, wie sich die weltweite politische Lage, die Inflation und die Pandemie entwickeln, ist groß, sodass sich viele Menschen beim Konsum zurückhalten.

Besser sieht es jedoch auf dem Arbeitsmarkt aus, hier ist die Krise weitgehend überwunden: Die Zahl der Erwerbstätigen lag zum Jahresbeginn um mehr als 200.000 über dem Wert von 2019. Und zumindest bislang drosselt auch der Ukraine-Krieg die Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen kaum: Mit fast 45,5 Millionen wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2022 den Vorjahreswert um voraussichtlich 1,25 % übertreffen.

• Lieferengpässe in Deutschland: Plötzlich steht die Produktion still

Viele Betriebe in Deutschland haben zwar volle Auftragsbücher, können aufgrund fehlender Vorleistungen aber nicht genug oder zum Teil gar nicht produzieren. Eine Entspannung der Versorgungsengpässe erwarten die heimischen Unternehmen erst im zweiten Halbjahr 2022. Oft sind es nur Kleinigkeiten, die die Produktion ausbremsen: Wenn fehlende Kunststoffenster für den neuen Wohnwagen dafür sorgen, dass der Auslieferungstermin um sechs Wochen verschoben wird. Oder wenn die Baustelle monatelang stillliegt, weil der Dachdecker kein Holz mehr zum vereinbarten Preis beziehen kann. Nicht nur Halbleiter, diverse Metalle und Chemikalien sind Mangelware, selbst so profane Dinge wie Hundeleinen sind derzeit knapp, weil Corona zu temporären Produktionsausfällen und gestörten Lieferketten geführt hat. Nach einer Umfrage bei mehr als 2.800 Unternehmen hat das

Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ermittelt, dass es bei drei Viertel Produktionsausfälle infolge fehlender Vorleistungen im letzten Quartal 2021 gab. Von gestörten Produktionsprozessen gehen die Unternehmen auch noch im kommenden Jahr sowie im Jahr 2023 aus. Im ersten Halbjahr 2022 befürchten knapp 80 Prozent der hiesigen Unternehmen, dass es aufgrund von Lieferengpässen zu Produktionsausfällen kommt. Für die zweite Jahreshälfte 2022 rechnen immerhin noch 70 Prozent der Unternehmen damit und für 2023 geht fast die Hälfte der Betriebe von weiterhin bestehenden Problemen in der Produktion aus.



Uta-Susanne Weiss, Rechtsanwältin (Syndikusrechtsanwältin) Fachanwältin für Arbeitsrecht

• Seminarangebot im Bildungswerk der Baden-Württembergischen Wirtschaft

Infos zu den Seminarangeboten erhalten Sie unter: <https://www.biwe-akademie.de>

Kontakt:
Südwestmetall
Bezirksgruppe Ostwürttemberg
Telefon: 0 73 61 92 56-0
aalen@suedwestmetall.de
www.suedwestmetall.de